



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Franz Bergmüller AfD**
vom 08.02.2019

Zur Einschätzung von Prognoseinstituten, dass Deutschland und damit auch Bayern spätestens 2020 in eine Rezession geraten wird, und der Vorbereitung darauf durch die Staatsregierung

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos verkündeten Bankmanager und Investoren aus den USA einhellig, dass sie damit rechnen, dass die USA im Jahre 2020 in die Rezession rutschen werden, worauf derzeit auch die dortige „inverse Zinskurve“ deutet. Außerdem hat die Niedrigzinspolitik der Notenbanken die letzten Jahre verhindert, dass nicht wettbewerbsfähige Firmen aus dem Markt genommen werden.

Die EU-Kommission hat wiederum dieser Tage die Wachstumsprognose für die Euro-Staaten von 1,9 Prozent auf 1,3 Prozent abgesenkt; mit Italien zusammen ist Deutschland beim Wachstum gegenwärtig das Schlusslicht. Als erstes großes Land im EU-Raum ist Italien im vierten Quartal 2018 bereits in die Rezession abgerutscht. Deutschland verzeichnete im dritten Quartal 2018 ein Schrumpfen der Ökonomie und errechnete im vierten Quartal 2018 ein Wachstum von 0,02 Prozent und verhinderte hierdurch, offiziell von einer „Rezession“ sprechen zu müssen. Alle anderen großen Ökonomien in der EU wuchsen im vierten Quartal 2018 noch.

In den vergangenen fünf Jahren blieb das deutsche Wachstum immer häufiger hinter dem der gesamten Euro-Zone zurück. In elf der vergangenen 20 Quartale schnitt Deutschland beim Wirtschaftswachstum schlechter ab als die gesamte Währungsunion, in weiteren zwei Quartalen war die Bundesrepublik gleichauf mit der Euro-Zone. Innerhalb Deutschlands liegt derzeit die Produktion der Chemieindustrie bereits jetzt fast 10 Prozent unter dem Vorjahresniveau. In der Kfz-Industrie wird der Abschwung durch politisch vorgegebene Faktoren wie die politisch vorgegebenen Luftgrenzwerte oder den neuen Emissionsstandard WLTP noch zusätzlich beschleunigt: Laut dem Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA) sank der Output der Pkw-Produktion im Januar 2019 kräftig um 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 367.300 Einheiten. Seit dem dritten Monat in Folge geht es abwärts – und zwar mit fast 20 Prozent. Im Januar 2019 sanken die Pkw-Exporte um 20,3 Prozent auf 285.800 Einheiten im Vergleich zum Vorjahresmonat. Beim schwäbischen Automobilhersteller Daimler stehen die Zeichen auf Sturm – der Gewinn ist um ein Drittel eingebrochen. Alleine die Diesellaffäre hat den VW-Konzern wiederum bereits 28 Mrd. Euro gekostet. Geld, das dem Konzern für Investitionen während einer Rezession fehlt.

Zu den üblichen konjunkturellen Schwankungen gesellen sich beim bevorstehenden Anschwung daher Zusatzrisiken wie der denkbare Brexit, die Erhöhung von Zöllen in China und den USA auf z. B. Kfz und politisch gewollte Belastungen, wie z. B. durch Verschärfungen von Schadstoffgrenzwerten etc.

Dem steht ein Finanzsystem gegenüber, dessen Instrumentarium eingeschränkt ist: So steht den Zentralbanken deren klassisches Instrument der Zinssenkung nur noch sehr begrenzt zur Verfügung, da die Zentralbanken der EU die letzten Jahre die Zinsen nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Kriterien festsetzen. Viele Privatbanken sind nach der Finanzkrise 2008 noch immer nicht ganz genesen und haben auch deswegen einen geringeren Spielraum, neue Kredite zu vergeben oder faule Kredite zu verdauen.

Vergleichbar sieht es bei den Staaten selbst aus: Statt in den Zeiten des Booms Schulden abzubauen, hat der Bund trotz Rekordeinnahmen kürzlich eine Finanzierungslücke von 25 Mrd. Euro offenbart. Außerdem haben die Politiker der EU die Bevölkerung bis in den Mittelstand hinein vom Aufschwung ausgeschlossen, sodass diese kaum Reserven aufbauen konnten.

In der nun bevorstehenden Rezession stehen daher weder den Staaten, noch den Firmen, noch den Banken, noch den unteren Einkommensgruppen das volle Instrumentarium zur Verfügung, eine Rezession zu bekämpfen. Die Sorge vieler Finanzmarktakteure ist daher groß, dass vor diesem Hintergrund eine wirtschaftliche Abwärtsdynamik mithilfe einer antizyklischen Wirtschaftspolitik schwer zu stoppen sein wird.

Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, rief am Sonntag, den 10.02.2019, in Dubai die Regierungen auf, sich daher „auf einen möglichen wirtschaftlichen Sturm vorzubereiten“.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Zu den Indikatoren
 - 1.1 Welche Anzeichen sieht die Staatsregierung vor dem geschilderten Hintergrund für ein Abrutschen Bayerns in die Rezession?
 - 1.2 Wann rechnet die Staatsregierung damit, dass Bayern in die nächste Rezession abrutschen könnte?
 - 1.3 Welche zusätzlichen Gefahren sieht die Staatsregierung für die Automobilindustrie in Bayern (bitte für den Automobilcluster Oberbayern und die Standorte Ingolstadt, München, Dingolfing, Regensburg aufschlüsseln)?
2. Zum Vorschlag des IWF, eine Rezession zu bekämpfen
 - 2.1 Welche Position hat die Staatsregierung zum Vorschlag des IWF, eine Rezession dadurch zu bekämpfen, „die Geldmengenbasis in zwei Währungen einzuteilen, einerseits Bargeld und andererseits elektronisches Geld (e-Geld). Auf Letzteres, also das Buchgeld, würden automatisch die Strafzinsen anfallen. Gleichzeitig soll Bargeld einen bestimmten Umrechnungskurs gegenüber e-Geld bekommen. ‚Dieser Umrechnungskurs ist entscheidend für den Plan‘, so die Experten des IWF ... ‚Im Vergleich zu anderen Vorschlägen hätte dieser den Vorteil, die Geldpolitik völlig von der unteren Zinsgrenze (Nullzinsen) zu befreien.‘ Allerdings wäre eine ‚enorme Kommunikationsanstrengung‘ notwendig – den Bürgern müsste man also verkaufen, wieso Strafzinsen toll und Bargeld Teufelszeug wären“ (https://www.focus.de/finanzen/boerse/weltwirtschaft-auf-dem-weg-in-schwere-rezession-auf-irrwitzigem-weg-will-der-iwf-bargeld-besitzer-mit-strafzinsen-ent-eignen_id_10306882.html)?
 - 2.2 Welche Position hat die Staatsregierung zur Auffassung von Hans-Werner Sinn zu diesem Plan, dass dies „die lange befürchtete Währungsreform“ mit sich bringen würde, „bei der die Bargeldbestände entwertet werden“ (Quelle s. o.)?
 - 2.3 Welche Position hat die Staatsregierung zur Bewertung von Hans-Werner Sinn weiter: „In Deutschland wird besonders viel Bargeld gehalten, weil die viele Liquidität, die die EZB geschaffen hat, hierhin überwiesen wurde, um Immobilien, Aktien und Firmen zu kaufen. Damit ist auch schon klar, wer hier geschröpft werden soll ... In Washington arbeite man offenbar fieberhaft daran, die Sparer auszubeuten“ (Quelle s. o.)?
3. Zum Vorschlag anderer Gliederungen, eine Rezession zu bekämpfen
 - 3.1 Welche Vorschläge der EU sind der Staatsregierung bekannt, die nächste Rezession zu bekämpfen?
 - 3.2 Welche Vorschläge der Bundesregierung sind der Staatsregierung bekannt (bitte danach aufschlüsseln, ob diese Teil des vom Spiegel veröffentlichten „Notfallprogramms“ sind oder nicht; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/konjunktur-finanzenministerium-will-moegliche-rezession-mit-steuererleichterungen-bekaempfen-a-1246400.html>)?
 - 3.3 Wie sieht das „Notfallprogramm“ der Staatsregierung aus, die nächste Rezession zu bekämpfen?
4. Zu fiskalischen Vorschlägen sonstiger Institutionen, eine Rezession zu bekämpfen
 - 4.1 Teilt die Staatsregierung die Auffassung von Hans-Werner Sinn, „wenn der IWF-Plan durchgeführt werde, so Hans-Werner Sinn, langjähriger Präsident des Münchner ifo-Instituts gegenüber ‚Welt‘, wäre es für Deutschland dann Zeit, ‚den Euro aufzugeben““?

- 4.2 Teilt die Staatsregierung die Auffassung der AfD, durch massive steuerliche Erleichterungen (z. B. Senkung der Einkommensteuer, Mehrwertsteuer, Erbschaftsteuer) die Wirtschaft im Falle eines Abschwungs zu stabilisieren?
- 4.3 Teilt die Staatsregierung die Auffassung der AfD, durch Abschreibungsvergünstigungen für die Wirtschaft Anreize zu schaffen, zu investieren?
5. Zu sonstigen Vorschlägen, eine Rezession zu bekämpfen
- 5.1 Wird die Staatsregierung den AfD-Vorschlag aufnehmen und zum Zweck der Rezessionsbekämpfung kleine und mittelständische Unternehmen von Auszeichnungspflichten und Berichtspflichten entlasten?
- 5.2 Wann plant die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass Bund und Länder durch ihre Wirtschaftspolitik dafür gesorgt haben, dass der Aufschwung der letzten zehn Jahre bis in den Mittelstand hinein bei zu vielen Menschen nicht angekommen ist, dass diese Lücke in der Verteilungsgerechtigkeit in Bayern geschlossen wird?
- 5.3 Welche Beiträge plant die Staatsregierung zu leisten (bitte Zeitpunkt mit angeben), um die Beitrags- und Abgabenlast so einzustellen, dass auch Bezieher von geringen und mittleren Einkommen sich im Durchschnitt wieder eine Lebensführung leisten können, ohne auf Transferleistungen des Staats angewiesen zu sein?
6. Zu den Instrumenten der Staatsregierung
- 6.1 Stehen der Staatsregierung aus ihrer Sicht zur Bekämpfung einer bevorstehenden Rezession diesmal weniger Instrumente zum Gegensteuern zur Verfügung als die letzten Jahre (bitte aufschlüsseln nach den klassischen Instrumenten, die der Staatsregierung im identischen Umfang zu den vorhergehenden Rezessionen zur Verfügung stehen, und denen, die nicht zur Verfügung stehen)?
- 6.2 Teilt die Staatsregierung die Wirtschaftspolitik des Bundes, eine Rezession dazu zu nutzen, vom Modell der sozialen Marktwirtschaft abzuweichen und mithilfe von Eingriffen des Staates in Kompetenzen der Unternehmen Industriepolitik zu betreiben, indem der Staat und nicht der Markt entscheidet, welche Produkte die Industrie herzustellen hat (z. B. Batterien für die Elektromobilität), um – so die jüngste Behauptung des Bundeswirtschaftsministers – „technologische Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen“?
- 6.3 Wann wird die Staatsregierung die ihr zur Bekämpfung einer Rezession zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzen (bitte nach Indikatoren aufschlüsseln)?

Antwort

des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat bei den Fragen 4.2, 4.3, 5.1 und 5.3

vom 22.03.2019

Vorbemerkung:

Alle uns bekannten Konjunkturprognosen rechnen weiterhin mit einem positiven Wirtschaftswachstum. Die fünf führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2018 ein positives Wachstum für die Jahre 2019 und 2020 prognostiziert (1,9 Prozent 2019, 1,8 Prozent 2020). Auch der Sachverständigenrat folgte dieser Einschätzung für 2019 (1,5 Prozent, kein Prognosewert für 2020).

Und auch wenn die Bundesregierung, die EU-Kommission und der Internationale Währungsfonds (IWF) vor Kurzem ihre Prognosen herabgesetzt haben, rechnen auch sie weiterhin mit einem positiven Wachstum für die nächsten beiden Jahre (Bundesregierung: 1,0 Prozent 2019, 1,6 Prozent in 2020; EU-Kommission: 1,1 Prozent 2019, 1,7 Prozent 2020; IWF: 1,3 Prozent 2019 und 1,6 Prozent 2020). Dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) ist damit keine Konjunktur-

prognose bekannt, nach der Deutschland spätestens 2020 in eine Rezession geraten wird.

Ähnliches gilt für die US-Wirtschaft. Auch hier geht der IWF derzeit von einem positiven Wachstum für die nächsten beiden Jahre aus (2,5 Prozent 2019, 1,8 Prozent 2020). Zwar mag der eine oder andere Bankmanager oder Investor im Angesicht von Renditen länger laufender Bonds unter denjenigen mit kürzerer Laufzeit („inverse Zinskurve“) mit einer Rezession rechnen, da dieses Phänomen in der Vergangenheit oft Vorbote eines Abschwungs war. Doch besteht kein Kausalzusammenhang zwischen einer inversen Zinskurve und einer Rezession und das ungewöhnliche Zinsverhältnis dürfte die Erwartung der Investoren über die Geldpolitik der Notenbank Federal Reserve (FED) widerspiegeln. In Erwartung einer baldigen Zinserhöhung werden Wertpapiere mit kurzer Laufzeit verkauft, um Liquidität für neu ausgegebene, höher verzinsten Papiere zu schaffen, was die Renditen in die Höhe treibt. In Erwartung einer späteren Zinssenkung werden Wertpapiere mit längerer Laufzeit gekauft, um sich die aktuelle Verzinsung zu sichern, was die Rendite dieser Wertpapiere drückt. Die Gefahr, dass die FED mit ihrer Geldpolitik die Konjunktur abwürgt, dürfte indes gering sein.

Nach der am weitesten verbreiteten Definition liegt eine Rezession erst dann vor, wenn die Wirtschaft in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen im Vergleich zu den Vorquartalen nicht wächst (stagnierendes oder sinkendes Bruttoinlandsprodukt). Also erst bei schrumpfender Wirtschaft spricht man von einer Rezession, nicht aber schon bei nur mehr noch leicht wachsender Wirtschaft. Der Irrtum, dass bereits ein sinkendes Wirtschaftswachstum eine Rezession bedeute, ist leider weit verbreitet.

Im innereuropäischen Vergleich liegt Deutschland mit Blick auf das prognostizierte Wachstum in den nächsten Quartalen gleichauf mit der Euro-Zone, unter den drei größten europäischen Ökonomien (Deutschland, Frankreich und Italien) steht Deutschland am besten da und schneidet auch besser ab als mancher kleine Staat (vgl. Anlage). Das ist ein durchaus gutes Ergebnis. Denn je größer und entwickelter eine Ökonomie ist, desto langsamer wächst sie tendenziell. Das ist leicht nachvollziehbar: Um eine bestimmte Wachstumsrate zu erzielen, müssen große Ökonomien absolut stärker wachsen; das gestaltet sich umso schwieriger, je entwickelter die Wirtschaft ist. Als größte Ökonomie in der EU und nach neun Jahren Aufschwung kann Deutschland mit einem Wachstum gleich dem der Euro-Zone und über dem anderer großer Ökonomien ganz zufrieden sein. Ebenso ist ein ausgewogenes Schwanken um den Euro-Zonen-Durchschnitt mit geringfügigen Abweichungen in den vergangenen 20 Quartalen nichts, weswegen man sich sorgen müsste, zumal Deutschland auch hier im Vergleich mit den beiden anderen großen Ökonomien nicht schlechter als Frankreich dasteht und besser als Italien abschneidet.

Die Produktion in der chemisch-pharmazeutischen Industrie im Jahr 2018 wuchs laut Verband der Chemischen Industrie (VCI) um 2,5 Prozent und wird 2019 voraussichtlich um weitere 1,5 Prozent steigen. Die Automobilindustrie hatte in den Monaten November und Dezember 2018 sowie Januar 2019 zwar mit Produktionseinbrüchen von um die 20 Prozent im Vergleich zu den Vorjahresmonaten zu kämpfen. Doch sind die Einbrüche zum Großteil auf die Umstellung auf das neue Abgasprüfverfahren WLTP zurückzuführen – ein vorübergehender Effekt, wie u. a. das Produktionsniveau für Februar 2019 zeigt, das fast auf Vorjahresniveau liegt (-1 Prozent). Für das gesamte Jahr 2019 erwartet der Verband der Automobilindustrie (VDA) einen Produktionsrückgang von rund 5 Prozent. Das ist noch immer viel und im Wesentlichen der abflauenden Konjunktur und Handels- und Zollrisiken geschuldet; die Staatsregierung unterstützt die Automobilindustrie im Rahmen des Möglichen, zum Beispiel mit dem Zukunftsforum Automobil.

Des Weiteren darf darauf hingewiesen werden, dass der Bund die Zeiten des Booms zum Schuldenabbau genutzt hat: Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo ist seit dem Jahr 2014 im Überschuss, betrug 2018 1,7 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts und wird auch im Jahr 2019 und in den kommenden Jahren voraussichtlich positiv sein. In der Finanzplanung der Jahre 2020 bis 2023 besteht zwar eine Finanzierungslücke von 25 Mrd. Euro, die aber auf Steuermindereinnahmen durch das schwächere Wirtschaftswachstum in einer Größenordnung von rund 5 Mrd. Euro pro Jahr sowie auf einige weitere Belastungen, zum Beispiel den Kohlekompromiss, zurückzuführen ist und durch verschiedene Maßnahmen ausgeglichen werden soll.

Zusammenfassend ist also die in der Anfrage geschilderte Ausgangslage nicht gegeben. Viele der Feststellungen zum Wirtschaftswachstum und zur Produktion in bestimmten Branchen sind verkürzt dargestellt oder falsch. Dennoch wird im Folgenden

kurz auf die gestellten Fragen eingegangen und sie werden unter dem Konjunktiv „wenn Bayern eine Rezession bevorstünde“ beantwortet.

1. Zu den Indikatoren

1.1 Welche Anzeichen sieht die Staatsregierung vor dem geschilderten Hintergrund für ein Abrutschen Bayerns in die Rezession?

Der geschilderte Hintergrund ist nicht zutreffend. Der Staatsregierung ist keine einzige Einschätzung eines Prognoseinstituts bekannt, nach der Deutschland spätestens 2020 in eine Rezession geraten wird (siehe oben). Auch für Bayern wird kein Abschwung erwartet.

1.2 Wann rechnet die Staatsregierung damit, dass Bayern in die nächste Rezession abrutschen könnte?

Die Staatsregierung rechnet nicht damit, dass Bayern in absehbarer Zeit in eine Rezession abrutschen wird.

1.3 Welche zusätzlichen Gefahren sieht die Staatsregierung für die Automobilindustrie in Bayern (bitte für den Automobilcluster Oberbayern und die Standorte Ingolstadt, München, Dingolfing, Regensburg aufschlüsseln)?

Die bayerische Automobilindustrie als exportorientierte und innovationsstarke Branche unterliegt vielen Herausforderungen, die stark von der spezifischen Ausrichtung einzelner Unternehmen bzw. Standorte abhängen. Die Produktions- und Liefernetzwerke der Hersteller und Zulieferer sind in der Regel überregional bzw. sogar international ausgerichtet, daher sind Aussagen im Hinblick auf besondere Gefahren für Oberbayern oder bestimmte Standorte einzelner Hersteller weder möglich noch sinnvoll.

Generell ist die bayerische Automobilindustrie darauf angewiesen, durch Forschung und Entwicklung sowie Innovationen in den unterschiedlichsten Bereichen (zum Beispiel Werkstoffe, Elektronik, IT, Antriebstechnologien) ihren Vorsprung als führender Automobilstandort zu halten und auszubauen. Zu den großen Herausforderungen der Automobilindustrie zählen derzeit insbesondere

- weltweit protektionistische Tendenzen (etwa Brexit oder Zollstreit zwischen China und den USA),
- die gestiegene Abhängigkeit von China, dem inzwischen wichtigsten Absatzmarkt der Welt,
- die zurückgehende Bedeutung des heimischen Markts, unter anderem wegen der demografischen Entwicklung, Urbanisierung und Entwicklungen wie Share Economy usw.,
- eine zunehmende staatliche Regulierung im Verkehrssektor, insbesondere getrieben durch Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschutz sowie
- digitalisierungsgetriebene Veränderungen von Produktion (Industrie 4.0), Produkt (automatisiertes/autonomes Fahren) und Wettbewerbsumfeld (neue Geschäftsmodelle und Wettbewerber).

- 2. Zum Vorschlag des IWF, eine Rezession zu bekämpfen**
- 2.1 Welche Position hat die Staatsregierung zum Vorschlag des IWF, eine Rezession dadurch zu bekämpfen, „die Geldmengenbasis in zwei Währungen einzuteilen, einerseits Bargeld und andererseits elektronisches Geld (e-Geld). Auf Letzteres, also das Buchgeld, würden automatisch die Strafzinsen anfallen. Gleichzeitig soll Bargeld einen bestimmten Umrechnungskurs gegenüber e-Geld bekommen. ‚Dieser Umrechnungskurs ist entscheidend für den Plan‘, so die Experten des IWF... ‚Im Vergleich zu anderen Vorschlägen hätte dieser den Vorteil, die Geldpolitik völlig von der unteren Zinsgrenze (Nullzinsen) zu befreien.‘ Allerdings wäre eine ‚enorme Kommunikationsanstrengung‘ notwendig – den Bürgern müsste man also verkaufen, wieso Strafzinsen toll und Bargeld Teufelszeug wären“ (https://www.focus.de/finanzen/boerse/weltwirtschaft-auf-dem-weg-in-schwere-rezession-auf-irrwitzigem-weg-will-der-iwf-bargeld-besitzer-mit-strafzinsen-enteignen_id_10306882.html)?**

Die Staatsregierung lehnt den Vorschlag des IWF ab, da seine Umsetzung negative Zinsen über die Hintertür ermöglichen würde und damit Ersparnisse entwerten könnte. Ersparnisse sind die Voraussetzung für Investitionen und Kapitalbildung, für Wirtschaftswachstum und Wohlstand – sie sollten unter keinen Umständen unterbunden werden.

- 2.2 Welche Position hat die Staatsregierung zur Auffassung von Hans-Werner Sinn zu diesem Plan, dass dies „die lange befürchtete Währungsreform“ mit sich bringen würde, „bei der die Bargeldbestände entwertet werden“ (Quelle s. o.)?**

Die Staatsregierung teilt die Befürchtung von Hans-Werner Sinn, dass eine Umsetzung des IWF-Vorschlags eine Entwertung der Bargeldbestände mit sich bringen könnte.

- 2.3 Welche Position hat die Staatsregierung zur Bewertung von Hans-Werner Sinn weiter: „In Deutschland wird besonders viel Bargeld gehalten, weil die viele Liquidität, die die EZB geschaffen hat, hierhin überwiesen wurde, um Immobilien, Aktien und Firmen zu kaufen. Damit ist auch schon klar, wer hier geschröpft werden soll ... In Washington arbeite man offenbar fieberhaft daran, die Sparer auszubeuten“ (Quelle s. o.)?**

Die Staatsregierung teilt die Bewertung von Hans-Werner Sinn, dass insbesondere Deutschland von einer Entwertung der Bargeldbestände betroffen wäre.

- 3. Zum Vorschlag anderer Gliederungen, eine Rezession zu bekämpfen**
- 3.1 Welche Vorschläge der EU sind der Staatsregierung bekannt, die nächste Rezession zu bekämpfen?**
- 3.2 Welche Vorschläge der Bundesregierung sind der Staatsregierung bekannt (bitte danach aufschlüsseln, ob diese Teil des vom Spiegel veröffentlichten „Notfallprogramms“ sind oder nicht; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/konjunktur-finanzministerium-will-moegliche-rezession-mit-steuererleichterungen-bekaempfen-a-1246400.html>)?**
- 3.3 Wie sieht das „Notfallprogramm“ der Staatsregierung aus, die nächste Rezession zu bekämpfen?**

Der beste Weg, eine Rezession zu bekämpfen, ist, sie zu verhindern – und damit der gleiche Weg, der sich zur Schaffung von Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung als optimal erwiesen hat: eine Wirtschaftspolitik auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Dazu gehört, die richtigen Rahmenbedingungen für Wettbewerb und Investitionen zu schaffen und Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen. Die EU, die Bundesregierung und die Staatsregierung haben sich dem verschrieben und unterstützen die Wirtschaft mit einer stetigen Verbesserung der Rahmenbedingungen und mit vielfältigen Förderanreizen. Beides hilft der Wirtschaft auch weiter, wenn eine Rezes-

sion tatsächlich eintritt. Das zeigte zuletzt die Finanzkrise von 2008/2009, die Deutschland und auch Bayern nach nur einem Jahr überwunden haben.

Der Staatsregierung sind über die vom Spiegel dargelegte „Notfallplanung“ des Bundesministeriums der Finanzen hinaus keine Vorschläge der EU oder der Bundesregierung bekannt, die speziell in der nächsten Rezession zur Anwendung kommen sollen. Sie selbst verfügt über Unterstützungsmöglichkeiten für Unternehmen, die sich in einer wirtschaftlichen Schiefelage befinden. Von diesen wird nicht ausschließlich, jedoch verstärkt in Rezessionen Gebrauch gemacht (vgl. Frage 6.1).

4. Zu fiskalischen Vorschlägen sonstiger Institutionen, eine Rezession zu bekämpfen

4.1 Teilt die Staatsregierung die Auffassung von Hans-Werner Sinn, „wenn der IWF-Plan durchgeführt werde, so Hans-Werner Sinn, langjähriger Präsident des Münchner ifo-Instituts gegenüber ‚Welt‘, wäre es für Deutschland dann Zeit, ‚den Euro aufzugeben‘“?

Die Staatsregierung ist der Auffassung, dass für Deutschland eine Aufgabe des Euro nicht in Erwägung gezogen werden muss. Der IWF-Vorschlag ist weit entfernt von jeglicher Umsetzung und Deutschland hat bislang von der Einführung des Euro profitiert. Laut einer aktuellen Studie des Centrums für Europäische Politik (CEP) ist Deutschland sogar der größte Gewinner der Euro-Einführung.

4.2 Teilt die Staatsregierung die Auffassung der AfD, durch massive steuerliche Erleichterungen (z. B. Senkung der Einkommensteuer, Mehrwertsteuer, Erbschaftsteuer) die Wirtschaft im Falle eines Abschwungs zu stabilisieren?

4.3 Teilt die Staatsregierung die Auffassung der AfD, durch Abschreibungsvergünstigungen für die Wirtschaft Anreize zu schaffen, zu investieren?

Die Staatsregierung setzt sich unabhängig von einer Rezession für Steuerentlastungen zugunsten der Wirtschaft sowie für wirtschaftsfreundliche, investitionsfördernde Rahmenbedingungen ein (vgl. BR-Drs. 325/18, 278/18).

5. Zu sonstigen Vorschlägen, eine Rezession zu bekämpfen

5.1 Wird die Staatsregierung den AfD-Vorschlag aufnehmen und zum Zweck der Rezessionsbekämpfung kleine und mittelständische Unternehmen von Auszeichnungspflichten und Berichtspflichten entlasten?

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass nicht Auszeichnungs-, sondern Aufzeichnungspflichten gemeint sind.

Unabhängig von der konjunkturellen Lage sind Deregulierung und Bürokratieabbau schon immer ein Anliegen der Staatsregierung. Zur Reduzierung der Aufzeichnungs- und Berichtspflichten wurden und werden deshalb bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen.

Da diese Pflichten aber in erster Linie durch Regelungen des Bundes entstehen, sind die Handlungsmöglichkeiten der Länder begrenzt.

- Im Landtagsbeschluss vom Oktober 2017 „Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen weiter vorantreiben“ (Drs. 17/18508) wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin für Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einzusetzen. Zwei der insgesamt fünf Maßnahmen beziehen sich dabei auf Aufzeichnungs- und Berichtspflichten:
 - Erweiterung der Ausnahmen von den Aufzeichnungspflichten für Handwerkerfahrten in einem Umkreis von 150 km um den Betriebsstandort;
 - deutliche Entbürokratisierung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn.
- Bayern hat im Juni 2018 eine Bundsratsinitiative zum Bürokratieabbau im Steuerrecht gestartet, unter anderem soll bei neu gegründeten Unternehmen auf die Pflicht zur generellen Abgabe monatlicher Umsatzsteuer-Voranmeldungen verzichtet werden.
- Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD ist ein drittes Bürokratieentlastungsgesetz vorgesehen, in dem vor allem Statistikpflichten verrin-

gert werden sollen. In einer ressortübergreifenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die bis Ende 2019 Vorschläge zur Verringerung von Statistikpflichten erarbeiten soll, ist Bayern über das StMWi vertreten. Außerdem wurde eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe mit Vertretern der Wirtschaftsministerien aus Bund und Ländern eingerichtet, in der weitere Vorschläge eingebracht werden können.

5.2 Wann plant die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass Bund und Länder durch ihre Wirtschaftspolitik dafür gesorgt haben, dass der Aufschwung der letzten zehn Jahre bis in den Mittelstand hinein bei zu vielen Menschen nicht angekommen ist, dass diese Lücke in der Verteilungsgerechtigkeit in Bayern geschlossen wird?

Die Staatsregierung setzt sich fortlaufend dafür ein, Chancen für alle Menschen im Freistaat zu schaffen. Der Schlüssel zur Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung ist dabei die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere für die Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt.

Die Arbeitsmarktzahlen der vergangenen Jahre zeigen, dass diese Strategie funktioniert. In vielen Landkreisen herrscht inzwischen Vollbeschäftigung und der Aufschwung ist in einer breiten Bevölkerungsschicht angekommen. So ist in Bayern die Zahl der Grundsicherungsempfänger laut Bundesagentur für Arbeit in den letzten zehn Jahren um rund 11 Prozent gesunken. Dass der deutsche Aufschwung auch in den unteren Einkommensschichten ankommt, zeigt darüber hinaus der laut Eurostat seit 2014 sinkende Gini-Koeffizient für Deutschland, der die Einkommensungleichheit misst.

Um die Situation von Beziehern geringer und mittlerer Einkommen weiter zu verbessern, setzt sich Bayern außerdem für Maßnahmen zur nachhaltigen Entlastung dieser Einkommensgruppen ein (siehe Frage 5.3).

5.3 Welche Beiträge plant die Staatsregierung zu leisten (bitte Zeitpunkt mit angeben), um die Beitrags- und Abgabenlast so einzustellen, dass auch Bezieher von geringen und mittleren Einkommen sich im Durchschnitt wieder eine Lebensführung leisten können, ohne auf Transferleistungen des Staats angewiesen zu sein?

Die Staatsregierung setzt sich fortlaufend für eine nachhaltige Entlastung von Beziehern von geringen und mittleren Einkommen ein. So konnte beispielsweise auf Bundesebene durchgesetzt werden, dass mit dem Familienentlastungsgesetz (BGBl. 2018 I S. 2210 ff.) das Kindergeld ab dem 01.07.2019 um monatlich 10 Euro für jedes Kind angehoben wird.

Darüber hinaus enthält das Familienentlastungsgesetz neben einer weiteren Anhebung des Grundfreibetrags zur Steuerfreistellung des Existenzminimums in den Jahren 2019 und 2020 auch den Ausgleich der kalten Progression durch eine entsprechende Anpassung der Tarifeckwerte des Einkommensteuertarifs.

Ferner konnte im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart werden, dass ab dem Jahr 2021 die Bezieher von unteren und mittleren Einkommen vollständig vom Solidaritätszuschlag entlastet werden.

6. Zu den Instrumenten der Staatsregierung

6.1 Stehen der Staatsregierung aus ihrer Sicht zur Bekämpfung einer bevorstehenden Rezession diesmal weniger Instrumente zum Gegensteuern zur Verfügung als die letzten Jahre (bitte aufschlüsseln nach den klassischen Instrumenten, die der Staatsregierung im identischen Umfang zu den vorhergehenden Rezessionen zur Verfügung stehen, und denen, die nicht zur Verfügung stehen)?

Für Unternehmen, die aufgrund einer wirtschaftlichen Rezession in eine wirtschaftliche Schieflage geraten, verfügt Bayern im Grundsatz über das gleiche Instrumentarium wie in den zurückliegenden Jahren. Dieses besteht aus

- Konsolidierungsdarlehen der LfA („Akutkredit“),
- Darlehensprodukten mit Haftungsfreistellungen,

- Bürgschaften der LfA bzw. Staatsbürgschaften,
- Task Force der LfA (Beratungsangebot).

Das StMWi steht betroffenen Unternehmen als Ansprechpartner zur Verfügung. Es wird einzelfallbezogen geprüft, ob und gegebenenfalls wie diese mit den vorhandenen Instrumenten unterstützt werden können. Voraussetzung jeder staatlichen Unterstützung ist, dass es sich um sanierungs- und wettbewerbsfähige Unternehmen handelt.

Bei einer sehr schweren Rezession können zusätzliche Unterstützungsangebote erforderlich werden, wie etwa während der schweren Finanzmarktkrise 2009 und 2010.

Seinerzeit wurden unter anderem EU-beihilferechtliche und insolvenzrechtliche Vorgaben gelockert und Fördervoraussetzungen angepasst. Ergänzend wurde in Bayern damals der „Bayerische Mittelstandsschirm“ als Teil eines umfassenden Maßnahmenpakets zur Stabilisierung der Konjunktur eingerichtet. In dessen Rahmen wurden insbesondere die Bürgschaftsprogramme zugunsten der Unternehmen ausgeweitet und Haftungsfreistellungssätze für LfA-Kredite an KMU angehoben. Während dieser Phase der erhöhten Unsicherheit und hohen Anforderungen an Kreditsicherheiten seitens der Hausbanken konnten so Kreditvergaben für Unternehmen ermöglicht werden. Es handelte sich hierbei um eine zeitlich befristete Übergangsmaßnahme, die im Kern gesunden Unternehmen durch die Krise helfen sollte.

6.2 Teilt die Staatsregierung die Wirtschaftspolitik des Bundes, eine Rezession dazu zu nutzen, vom Modell der sozialen Marktwirtschaft abzuweichen und mithilfe von Eingriffen des Staates in Kompetenzen der Unternehmen Industriepolitik zu betreiben, indem der Staat und nicht der Markt entscheidet, welche Produkte die Industrie herzustellen hat (z. B. Batterien für die Elektromobilität), um – so die jüngste Behauptung des Bundeswirtschaftsministers – „technologische Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen“?

Die Staatsregierung ist der Meinung, dass – unabhängig von der jeweiligen konjunkturellen Lage – Richtschnur für industriepolitische Eingriffe stets sein muss, ob marktwirtschaftliche Prinzipien gefährdet sind. Im Fokus der Wirtschafts- und Industriepolitik müssen vor allem wettbewerbs- und innovationssichernde Maßnahmen stehen. Dazu gehört es auch, mit der gezielten Förderung von Zukunftstechnologien Unternehmen in die Lage zu versetzen, die Chancen des technologischen Wandels im internationalen Wettbewerb zu nutzen.

6.3 Wann wird die Staatsregierung die ihr zur Bekämpfung einer Rezession zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzen (bitte nach Indikatoren aufschlüsseln)?

Das in der Antwort auf Frage 6.1 beschriebene und aufgeschlüsselte Instrumentarium wird einzelfallbezogen eingesetzt, um sanierungs- und wettbewerbsfähige Unternehmen im Krisenfall zu unterstützen.